

V-1-015: Ja zu Demokratie - Nein zur AfD!

Antragsteller*innen Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte)

Antragstext

Von Zeile 15 bis 22:

Rechtsextremes Gedankengut lässt sich jedoch nicht per Knopfdruck verbieten. Vielmehr müssen umfassende Maßnahmen ergriffen werden, die die organisierte Zivilgesellschaft dauerhaft und verlässlich stärken sowie staatliche Maßnahmen der Prävention, Gefahrenabwehr und Repression gegen Rechtsextremismus ausgebaut werden. Hierfür muss der Regierende Bürgermeister gemeinsam mit allen Senator:innen dringend eine Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus vorlegen, die zusammen mit allen relevanten Akteuren erarbeitet wird.

Dazu gehört, dass Demokratiebildung in der Schule, aber auch ~~weit darüber hinaus,~~ mus~~f~~okussiert auf erwachsene Zielgruppen und betriebliche Fortbildungen endlich auch in unserer Stadt eine größere Priorität eingeräumt bekommen~~t~~. ~~Das erwarten wir sowohl vom Regierenden Bürgermeister als auch vom gesamten Senat~~

Um Menschen für die Demokratie zurückzugewinnen braucht es darüber hinaus gut ausgebaute Aussteigerprogramme für diejenigen, die sich entscheiden, die rechtsextreme Szene zu verlassen.[Zeilenumbruch]

Gleichzeitig muss konsequent gegen Fake News sowie gegen Hass und Hetze on- und offline vorgegangen werden. Im Bereich der digitalen Gewalt fordern wir die Justizsenatorin auf, ein Online-Meldesystem einzurichten, das es Bürger:innen ermöglicht Hasskommentare mit rassistischen, sexistischen, extremistischen Inhalten oder persönlichen Drohungen, Beleidigungen und anderen Formen der Belästigung niedrigschwellig per Online-Formular, E-Mail oder Telefon zur Strafverfolgung zu melden.

Und wer rechtsextremes Gedankengut vertritt, gehört nicht in den Staatsdienst des Landes Berlin - auch hier erwarten wir, dass der Senat und die Verwaltung alle ihnen zu Verfügung stehenden Mittel nutzen und fortzuentwickeln. Um Verfassungsfeinde angemessen disziplinarrechtlich belangen zu können, braucht es gesetzliche Anpassungen des Disziplinarrechts. Wir fordern die Innensenatorin auf, die Beschlüsse der Justizministerkonferenz vom 10.11.2022 und der Innenministerkonferenz vom 3.12.2022 endlich auch im Berliner Landesrecht umzusetzen und die Fristen für das

Disziplinarmaßnahmeverbot und Verwertungsverbot bei Verstößen gegen die beamtenrechtliche Verfassungstreuepflicht und gegen das politische Mäßigungsgebot zu verlängern. Daneben gilt es an einer Behördenkultur zu arbeiten, in der es eine Selbstverständlichkeit ist, rechtsextreme Vorfälle zu melden. Falsch verstandener Korpsgeist darf nicht dazu führen, dass menschenverachtende Handlungen unter den Teppich gekehrt werden.

Auch unsere Sicherheitsbehörden stufen den Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus als größte Gefahr für unsere Demokratie ein. Die Innen- und die Justizsenatorin müssen dafür Sorge tragen, dass sich dies in der Schwerpunktsetzung und Stellenorganisation von Verfassungsschutz, Polizei und Staatsanwaltschaft widerspiegelt. Denn es ist unsere Aufgabe, die Sicherheitsbehörden im konsequenten Vorgehen gegen Rechtsextremismus zu unterstützen und sie dazu zu befähigen. Für alle Rechtsextremist:innen muss gelten: 1. Wenn sie sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung stellen, hat sie der Verfassungsschutz im Blick, 2. geht von ihnen eine konkrete Gefahr aus, sind sie im Fokus der Polizei und 3. sollten sie Straftaten begehen, wird die Staatsanwaltschaft unverzüglich Maßnahmen der Strafverfolgung einleiten. Das Signal muss sein: Der Rechtsstaat ist wehrhaft.

Begründung

Die Forderung, ein AfD-Verbot zu prüfen, hat der Landesvorstand gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden bereits vor einigen Wochen öffentlichkeitswirksam kommuniziert. Den Schwerpunkt eines Beschlusses des Landesausschusses auf diese Forderung zu legen, bringt daher nur einen begrenzten Mehrwert. Wie in dem Antrag zutreffend angelegt ist, sind für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus weitere Maßnahmen dringend erforderlich. Diese zumindest in Ansätzen konkret zu benennen und auch die Adressaten der Forderung anzuführen ist notwendig um politischen Handlungsdruck zu erzeugen.

Unterstützer*innen

Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte), Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte), Lennart Sydow (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte), Lara Liese (KV Berlin-Mitte), Florian Maaß (KV Berlin-Mitte), Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte), Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte), Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte), Michael Wustmann (KV Berlin-Mitte), Ella Misselwitz (KV Berlin-Mitte), Christopher Schriener (KV Berlin-Mitte), Manuel Rivera (KV Berlin-Mitte), Andreas Benens (KV Berlin-Mitte), Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte), David Braun (KV Berlin-

Tempelhof/Schöneberg), Christian Fink (KV Berlin-Mitte), Thomas Eichhof (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Mathias Kraatz (KV Berlin-Pankow), Thilo Klawonn (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Wolfgang Höckh (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Friedemann Dau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Kerstin Müller (KV Berlin-Pankow), Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Britta Jacob (KV Berlin-Mitte), Anja Fink (KV Berlin-Kreisfrei)